

mutet als eine mögliche, wenn auch unvollkommen durchdachte Bereicherung desselben. Zumindest muß das neu Gedachte – so könnte man angesichts des immer wieder auftretenden Vorwurfs theologischer Reduktionismen meinen – die gesamte klassische Theologie im Schlepptau führen, um überhaupt ernst genommen zu werden.

Differenzierter, aber ebenfalls nicht unkritisch beurteilt die Lehrkommission der Brasilianischen Bischofskonferenz das Dokument der CLAR. Sie regte an, das an sich verdienstvolle Dokument zu überarbeiten und die bewußt gesetzten Akzente (Lektüre der Bibel aus der Sicht der Armen, Berufung der Ordensleute zu einem Le-

ben an der Seite des Volkes, das Verständnis des Alten Testaments als Konfliktgeschichte von Mächtigen und Ohnmächtigen, der soziologisch definierte Volksbegriff) deutlich als *eine* mögliche Interpretation herauszustellen.

### Engführungen gibt es nicht nur bei Befreiungstheologen

Einseitig in gewissem Sinn wollte der Text der Religiösenkonferenz wohl sein. Es gebe aber auch Einseitigkeiten anderer Couleur, schrieb der Präsident der CLAR an die römische Ordenskongregation. Ob etwa der weit-

verbreitete Rückzug in die religiöse Innerlichkeit den Glaubens- und Offenbarungsreichtum nicht reduziere? Er wünsche sich jedenfalls, daß Rom diese Engführung des Glaubensverständnisses genauso kritisch begleite. Einer der römischen Konsultoren teilt diese Sorge offenbar, wenn er in seiner Beurteilung (der zweiten) schreibt: „Meine größte Sorge ist, man könnte versuchen, dieses Bibelprojekt, das mein Volk (das lateinamerikanische) mit dem Wort Gottes durchdringen und verändern könnte, wegen seiner inhaltlichen Mängel zu blockieren, so daß ein Evangelisierungsstil weitergeführt wird, der sich nicht durch einen befreienden Charakter auszeichnet – das wäre ein großes Unglück.“ G. B.

## Nach dem jüngsten Wahlschock

### Neue Konturen im politischen Bild Österreichs

*Am Tag der jüngsten Kommunalwahlen in Hessen wurde auch in drei österreichischen Bundesländern gewählt, mit nicht minder überraschenden und für die politische Landschaft folgenreichen Ereignissen. Fritz Csoklich analysiert Ursachen und Auswirkungen der österreichischen Landtagswahlen vom 12. März, die vor allem die christdemokratische ÖVP in beträchtliche Schwierigkeiten brachten.*

Dem gewohnten politischen Bild Österreichs gaben die Veränderungen der letzten Wochen ganz neue Konturen. Heimgesucht ist davon einerseits die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), die nach dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit im Burgenland nun auch noch ihre seit 1945 festgefügte absolute Mehrheit in ihrem Stammland Kärnten eingebüßt hat. Damit wurde die SPÖ auf ihr traditionelles Zentrum in der Bundeshauptstadt (das „rote Wien“) zurückgeworfen, was bedeutet, daß die Sozialisten nicht einmal ihre Ausgangsstellung aus der Zeit unmittelbar nach Kriegsende halten konnten. Aus dieser tristen Lage der SPÖ konnte jedoch die christdemokratische Österreichische Volkspartei (ÖVP) nicht nur keinen Vorteil ziehen, sondern auch sie hat schwerste Wahlniederlagen hinnehmen müssen, so daß der langjährige Bundesparteiobmann und Vizekanzler Alois Mock angesichts der Unzufriedenheit im eigenen Parteiapparat am Ende seiner politischen Karriere angelangt scheint.

Der Lostag, der diese Veränderungen bewirkte, war der 12. März. An diesem Tag hatten die Wahlstrategen der SPÖ-ÖVP-Koalition die fälligen Landtagswahlen in Tirol, Kärnten und Salzburg zusammengelegt, um den populären Oppositionsführer der Freiheitlichen Partei

(FPÖ), Jörg Haider, durch den gleichzeitigen Wahlkampf in drei Bundesländern zeitlich und personell zu blockieren. Jörg Haider, ein hervorragender Redner und Polemiker von besonderer Wirkung, ließ sich aber durch diese wahltaktische Maßnahme nicht einschüchtern, sondern erwarb dadurch noch weitere, zusätzliche Wählergunst, da er keine Gelegenheit vorbeigehen ließ, auf diesen taktischen Winkelzug hinzuweisen. Unermüdlich attackierte Haider in diesem dreifachen Wahlkampf die Parteiherrschaft der beiden „Altparteien“, wie Haider mit Vorliebe sagt, die Skandale der letzten Zeit und die „Filzokratie“ des österreichischen Regierungssystems. Obwohl Haider in seinem Weltbild zumindest partiell vom Deutschnationalismus der Vergangenheit geprägt erscheint, verstand er es geschickt, in seiner Wahlwerbung jeden Bezug auf diesen ideologischen Hintergrund zu unterlassen und damit breite Schichten anderer politischer Herkunft anzusprechen – die Klientel seiner Gesinnungsgenossen wußte ohnehin, was sie von ihm zu halten hatte, ohne daß er andauernd mit einschlägigen Vokabeln darauf hinweisen mußte.

### Der unerwartet hohe Wahlerfolg der FPÖ

Diese Wahlstrategie erbrachte für Haider einen Wahlsieg in allen drei Bundesländern, der seine Erwartungen bei weitem übertraf: So konnte die FPÖ in Kärnten ihren Stimmenanteil von 16 auf 29 Prozent, in Tirol von 6 auf 15,5 Prozent und in Salzburg von 8,7 auf 16,4 Prozent erhöhen. Die Sozialisten sanken mit ihrem Stimmenanteil in

Kärnten von 51,6 auf 46 Prozent, in Tirol von 25,2 auf 22,9 Prozent und in Salzburg von 35,1 auf 31,3 Prozent. Noch viel schlimmer kam die ÖVP zum Handkuß, die in Kärnten von 28,3 auf 21 Prozent, in Tirol von 64,6 auf 48,7 Prozent und in Salzburg von 50,2 auf 44 Prozent zurückging. Damit verlor die ÖVP stimmenmäßig die absolute Mehrheit in ihrem Stammland Tirol, was ein noch nie dagewesenes Ereignis darstellt, und die Kärntner Volkspartei wurde zur dritten Partei des Landes, zu einer bürgerlichen Mittelstandspartei deklassiert. In Salzburg trat der langjährige Landeshauptmann *Wilfried Haslauer* unter dem Eindruck des Wahldebakels zurück.

Eindeutiger Gewinner dieser drei Wahlen war die FPÖ Jörg Haider, die in den drei Bundesländern elf Landtagsmandate dazueroberte und auf diese Weise die Zahl ihrer Landtagssitze in Kärnten, Tirol und Salzburg verdoppeln konnte. In Kärnten, einem traditionell laizistischen und liberalen Land mit überlieferten inneren Vorbehalten gegen den Katholizismus, ist nunmehr die FPÖ zur zweitstärksten Partei geworden, was an die politischen Strukturen der ersten Republik zwischen 1918 und 1938 erinnert, als hinter den Sozialdemokraten stets der deutschnationale Landbund die zweitstärkste Fraktion stellte und erst an dritter Stelle die Christlichsozialen kamen. Nach 1945 gelang es der ÖVP, den Platz 2 in Kärnten zu erobern und zu behaupten, bis dieser bei der jüngsten Wahlniederlage zum ersten Mal in der Zweiten Republik verlorengegangen ist.

## Erosion der Stammwählerschaft in beiden Großparteien

Als Konsequenz erhebt Jörg Haider den Anspruch, mit Hilfe der ÖVP Landeshauptmann zu werden, und begründet diese Forderung mit dem erklärten Wahlziel der FPÖ und der ÖVP, nun gehe es darum, die verkrustete sozialistische Vorherrschaft im südlichsten Bundesland Österreichs endlich zu brechen. Die durch die Wahlschlappe vom 12. März ohnehin schwer angeschlagene Kärntner Volkspartei steht jetzt bei der Frage, ob sie für Jörg Haider als Landeshauptmann votieren soll, nicht nur vor einem schweren politischen Problem, sondern auch vor einer inneren Zerreißprobe, da es in ihren Reihen ebenso engagierte Anhänger wie Gegner Haider gibt. Die Zahl der Haider-Freunde in der Kärntner ÖVP dürfte allerdings zur Zeit überwiegen, und die Industriellenvereinigung übt im Hintergrund Druck auf die Volkspartei in Kärnten aus, um die Bildung einer „antisozialistischen“ Allianz in Kärnten zu ermöglichen. Haider-Gegner in der ÖVP fürchten hingegen, daß eine Unterstützung des populären FP-Kandidaten durch die ÖVP und eine Wahl Haider zum Landeshauptmann – dieses Amt besitzt in allen Bundesländern Österreichs einen gewaltigen Bonus – zur weiteren Schwächung, vielleicht sogar zu Zertrümmerung der eigenen Partei führen würde. Über die Ursachen der folgenschweren dreifachen Wahlniederlage der Koalition im März gibt es noch immer

keine allseits befriedigende Analyse. Der erste spontane Erklärungsversuch, die *Kette von Skandalen in Österreich* habe eine beträchtliche Minderheit von Wählern in die Arme der Opposition getrieben, dürfte zu kurz greifen. Natürlich besteht kein Zweifel, daß die vielen aufsehenerregenden Skandalfälle der letzten Zeit zu einem wachsenden Unbehagen in breiten Wählerschichten geführt haben. Andererseits mutet es eigenartig an, daß die SPÖ, die von dieser Skandalserie ungleich stärker betroffen war als die ÖVP und die in diesem Zusammenhang die Rücktritte bekannter Parteifunktionäre wie Nationalratspräsident Gratz, Innenminister Blecha und der Zentralsekretäre Keller und Sallaberger hinnehmen mußte, bei der Wahlniederlage stimmen- und mandatsmäßig glimpflicher davongekommen ist als die ÖVP.

In der SPÖ dürfte freilich das attraktive Image von Bundeskanzler *Franz Vranitzky* die Wählerflucht etwas gestoppt haben, während der fleißige, integre, aber eher farblose VP-Parteiohmann *Alois Mock* keine ähnliche Wirkung auslösen konnte. Dieses Faktum führt Anfang April zur offenen Rebellion in der Volkspartei westlicher und südlicher Bundesländer, während die niederösterreichische Parteiorganisation der ÖVP und Verteidigungsminister Lichal als Obmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes der VP Mock bis zuletzt zu stützen versuchten.

Nach eingehenderen Untersuchungen über die Ursachen des Wahlsonntags vom 12. März scheint mittlerweile festzustehen, daß die Skandale der letzten Zeit gewiß eine Rolle für das Wählerverhalten gespielt haben, aber nicht als Hauptgrund für die Niederlage der beiden Regierungsparteien gelten können. Es zeigte sich vielmehr, daß sich beträchtliche Teile der *Stammwähler beider Großparteien* im Stich gelassen gefühlt haben. Die einen, Gewerbetreibende und Bauern, konnten offensichtlich mit einer von saturierten Kammerfunktionären dominierten ÖVP nichts anfangen, die anderen, Arbeiter und kleine Angestellte, waren entsetzt, was da aus dem Schoß „ihrer“ Sozialdemokratie zum Vorschein kam. Auf diese Weise verschoben sich unbemerkt die gesellschaftlichen Spannungsfelder und Konflikte innerhalb des politischen Koordinatensystems, wie *Erich Holfeld*, ein Wahlmitarbeiter der Salzburger SPÖ, in einer bemerkenswerten Studie feststellte. Offensichtlich ist aus einem „Rechts/Links“-Konflikt eine Auseinandersetzung zwischen „oben“ und „unten“ innerhalb der beiden Großparteien entstanden, so daß man von einem Rechtsruck in Österreich durch diese Wahl nur bedingt sprechen kann. Der Unmut hat sich offenbar gegen die jeweils Regierenden gerichtet, ganz gleich, ob sie nun „schwarz“ oder „rot“ waren.

Für den Wahlausgang war aber auch gewiß die Frage des weiteren *Weges Österreichs zur EG* von großer Bedeutung. Dabei kamen überraschenderweise gerade in den Bundesländern Salzburg und Tirol, die seit jeher zu den Verfechtern einer möglichst schnellen und vollständigen Integration Österreichs gezählt hatten, Gegenströmungen zum Vorschein, die bisher eher verdeckt geblieben waren.

Diese Tendenzen kristallisierten sich um das wachsende Unbehagen über die enorme Zunahme des Transitverkehrs durch Österreich, der vor allem an der Brenner-Autobahn in Tirol und entlang der Tauernautobahn in Salzburg wiederholt offene Demonstrationen provoziert hat. Ohne Frage fürchten sich viele Anrainer der großen Nord-Süd-Transversalen in Österreich, von der Lärm- und Abgasplage der endlosen Autoschlangen aus den EULändern über die Alpenpässe überrollt zu werden, so daß sie grünen und alternativen Listen ihre Stimme gegeben haben.

## Die grünen Gewinne kamen überraschend

Diese *grünen Gewinne* sind ein weiterer überraschender Aspekt der drei Landtagswahlen, denn schon seit etwa eineinhalb Jahren stagniert die grün-alternative Bewegung in Österreich, und die Spitzenkandidaten sind untereinander heillos zerstritten. Daher schien es so, als ob die „grüne Welle“ bereits gebrochen wäre. Der Einzug der Grün-Alternativen in die Landtage von Salzburg und Tirol mit je zwei Mandaten läßt aber einen neuen Trend erkennen, der zeitlich mit der rot-grünen Koalition in Berlin und Frankfurt zusammenfällt und unerwartete Perspektiven ergibt.

Der Schock des Wahlausganges führte vorübergehend dazu, daß die ÖVP, in der Alois Mock einen betont forschenden EG-Kurs vorgelegt hatte, im *Europathema* eine Zeitlang eine gewisse Zurückhaltung zeigte. In der SPÖ hingegen kam es zu lauten Manifestationen des linken Parteiflügels, der seine Ressentiments gegen eine EGMitgliedschaft Österreichs schon immer offen artikuliert hatte. Die Einsicht siegte aber bald: Kanzler Vranitzky brachte seine Partei dazu, dem von Alois Mock vertretenen EG-Fahrplan und dem österreichischen Beitrittsansuchen in Brüssel noch vor dem Sommer unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die unverzichtbare Notwendigkeit der österreichischen Neutralität deutlich hervorgehoben würde. Mit diesem Beschluß der SPÖ wurde eine weitgehende Übereinstimmung mit der ÖVP in der für Österreich lebenswichtigen Integrationsfrage hergestellt und die vorübergehende „Europakrise“ aufgrund des Wahlergebnisses vom 12. März wieder beigelegt.

ÖVP-Spitzenfunktionäre, vor allem in Oberösterreich und in der Steiermark, wo die nächsten Landtagswahlen bevorstehen, sehen jedoch in der akut gewordenen innenpolitischen Gefährdung durch die blaue und grüne Opposition eine bedrohliche Entwicklung für die Volkspartei. Dazu kommt noch die Erwägung, daß es der Sozialistischen Partei gelungen ist, ihre Stimmenverluste wenigstens in Grenzen zu halten, während sich die ÖVP in Tirol, Kärnten und Salzburg einer erdrutschartigen Abwendung tausender Wähler gegenüber sieht. Aus diesem Grund forderte die steirische ÖVP unter Führung von Landeshauptmann *Josef Krainer* schon seit Wochen und

Monaten eine Auswechslung der Spitzenfunktionäre auf Bundesebene der ÖVP und eine Reform der Gesamtpartei. Diese Forderung erhielt durch die Stationierung aller österreichischen Abfangjäger vom Typ „Draken“ in der Steiermark eine besondere emotionelle Aufschaukelung, da sich die steirische Volkspartei vehement gegen diese Verfügung des Verteidigungsministers *Robert Lichal* wehrte, um sich gegenüber den Grünen im Lande keine Blöße zu geben.

## Neuanfang in der ÖVP?

Dieser „Draken“-Konflikt, der viele in den Bundesländern latent vorhandene Aversionen gegen die Bundeshauptstadt Wien freisetzte und verschärfte, trug wesentlich zu einer Dramatisierung der parteiinternen Nachfolgediskussion bei, da Verteidigungsminister Lichal immer deutlicher zu den Verteidigern von Bundesparteiobmann und Vizekanzler Alois Mock zählte. Lichal wurde mit zunehmender Schärfe vorgeworfen, er bilde zusammen mit der Führung der niederösterreichischen ÖVP-Landesorganisation und einigen anderen Getreuen eine Art „Stahlhelmfraktion“, die Alois Mock ganz einseitig einflüsse und die Gefahr mit sich bringe, die ÖVP auf Stammwählerschichten und damit auf die Größenordnung einer Mittelpartei zu reduzieren. Die Steirer unter der Führung Krainers liefen Sturm gegen eine solche Verengung der Partei, die sie aus ihrer Sicht als lebensgefährlich für die Zukunft bezeichneten. Statt dessen forderte die steirische Landesparteiorganisation mit wachsender Vehemenz und mit einer überbordenden verbalen Schärfe eine größere Weite und Liberalität der Partei und ihre Öffnung für Randgruppen. Dieser Streit findet eine auffallende Parallele in der innerkirchlichen Auseinandersetzung, die seit den jüngsten Bischofsernennungen nicht mehr zur Ruhe gekommen ist.

Längere Zeit schien es, als ob die Attacken der Steirer wirkungslos bleiben würden. Die Sorge der einflußreichen oberösterreichischen Landesparteiorganisation vor den nächsten Landtagswahlen führte aber einen Umschwung herbei: Bei der Sitzung der Wahlkommission, die unter dem Vorsitz des angesehenen Landeshauptmanns von Oberösterreich, *Josef Ratzenböck*, dem bevorstehenden Bundesparteitag der ÖVP Kandidaten für die Funktion des Bundesparteiobmannes vorschlagen soll, stellte sich heraus, daß die überwiegende Mehrheit der in der Kommission vertretenen Spitzenfunktionäre Bedenken gegen eine Wiederkandidatur von Alois Mock äußerten. Eine Mehrheit der Wahlkommission sprach sich für Landwirtschaftsminister *Josef Riegler* als neuen Bundesparteiobmann der ÖVP aus. Alois Mock sollte bewegen werden, von einer Kandidatur freiwillig zurückzutreten, wogegen die sogenannten „Stahlhelmer“ in Niederösterreich und auch in Wien heftig protestierten und Mock bestärkten, im Amt zu bleiben. Am 17. April sprachen sich dann die Wahlvorschlagskommission und der erweiterte Vorstand der ÖVP einstimmig für Riegler als neuen Parteichef aus.

Er wird beim Parteitag am 19. und 20. Mai für den Parteivorsitz kandidieren; Alois Mock soll dem Parteitag als Ehrenvorsitzender vorgeschlagen werden und bleibt Außenminister.

## Politische und kirchliche Frontstellungen

Damit wird eine gegenläufige Bewegung in der Politik gegenüber den Vorgängen in der katholischen Kirche Österreichs sichtbar. Diese Differenz wird schon allein in der Person Josef Rieglers deutlich, der in seinen Studienjahren in Wien Mitglied jener katholischen Hochschulgemeinde von *Karl Strobl* war, die Weihbischof *Kurt Krenn* bald nach seinem Amtsantritt teilte und zur Hälfte dem Opus Dei überantwortete. Riegler war auch Funktionär der „Katholischen Hochschuljugend“ in Wien, deren gewählten Amtsträgern zur Zeit die bischöfliche Bestätigung in Wien verweigert wird. Nach seinem Studienabschluß wurde Josef Riegler Generalsekretär der Katholischen Aktion in seiner steirischen Heimat, bis er dann in die Politik ging, zunächst als Bauernbund-Direktor in der Steiermark, dann als Nationalratsabgeordneter, als steirischer Landesrat und schließlich als Landwirtschaftsminister. Er und seine Freunde in der Steiermark und in

anderen Bundesländern verweisen auf die Notwendigkeit der politischen Erneuerung der Partei, Riegler tritt auch dafür ein, daß in der ÖVP der Zuzug „bunter Vögel“ nicht unterbunden wird. Auf dieser inhaltlichen Ebene ergeben sich Querverbindungen zur Wiener ÖVP unter *Erhard Busek*, der ebenfalls aus der katholischen Jugendbewegung der Nachkriegszeit kommt.

Der Kampf um eine Neubesetzung der Parteiführung in der ÖVP stellt somit nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenartigen Temperamenten, sondern auch zwischen differenten inhaltlichen Zielsetzungen dar. Die Linie der Auseinandersetzung fällt dabei zum Teil mit überholt geglaubten innerkirchlichen Frontstellungen zusammen, die einerseits durch den auf die ÖVP fixierten „politischen Katholizismus“ vieler Mitglieder des Cartellverbandes und andererseits durch das Bemühen um eine konziliare Öffnung gegenüber allen demokratischen Bewegungen und auch diversen Randgruppen bei den aus der katholischen Jugendbewegung der Nachkriegszeit kommenden VP-Funktionären repräsentiert werden. Natürlich sind die einzelnen Lager in diesem Zwist nicht immer klar voneinander abzugrenzen, in vielen Fällen verschwimmen die Profile der Kontrahenten, aber im Tauziehen zwischen Mock und Riegler sind sie doch in überraschender Deutlichkeit vorzufinden. *Fritz Csoklich*

# Der schwierige Weg in die parlamentarische Demokratie

## Die Vereinbarungen am „runden Tisch“ in Polen

*Nachdem das Verhandlungsergebnis zwischen der polnischen Regierung und der jetzt wieder zugelassenen Opposition vorliegt und die Protokolle unterzeichnet sind, zeigt sich, daß der mühsame Weg zum „runden Tisch“ sich gelohnt hat. Der Weg hin zu einer sozialistischen, aber pluralistischen Demokratie wurde einstweilen freigegeben. Ob er auch zum Erfolg führt, hängt (neben den Außenverhältnissen in Osteuropa) aber vor allem von den Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der polnischen Wirtschaft ab.*

Der 5. April 1989 wird in die Nachkriegsgeschichte Polens als ein historisches Datum eingehen. Am Abend dieses Tages verabschiedeten die Teilnehmer an dem schon legendären „runden Tisch“ in Warschauer Regierungspalais, an dem 57 Personen Platz hatten, ein Reformpaket, das Polen im Laufe der neunziger Jahre (jedenfalls nach den Hoffnungen von *Solidarność* und Teilen der Bevölkerung) auf evolutionärem Wege in eine marktwirtschaftlich orientierte parlamentarische Demokratie mit starken unabhängigen Gewerkschaften führen soll. Unterschrieben wurden die Vereinbarungen, von denen einige wenige Tage später auf dem parlamentarischen Weg in Gesetzes-

form gebracht wurden, von Repräsentanten der seit 45 Jahren regierenden Arbeiterpartei und Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Opposition, die bereit waren, mit den Vertretern des Systems zu verhandeln. Die Fundamentalopposition, die eine Kompromißlösung in Polen grundsätzlich ablehnt, fehlte am „runden Tisch“. Die offiziellen Gewerkschaften (OPZZ), die während des Kriegsrechts gegründet worden waren, legten Wert darauf, als dritte Partei bei den Verhandlungen in Warschau aufzutreten.

Die Verhandlungen am „runden Tisch“ und die Vereinbarungen sind eine *politische Premiere im Realsozialismus*, die in ihrer systemverändernden Konsequenz weit über das hinausgehen, was in anderen reformorientierten Ländern des Warschauer Paktes – wie Ungarn und der Sowjetunion – an Systemwandel bisher impliziert ist. Das von den bundesdeutschen Medien favorisierte Ungarn will einen „runden Tisch“ nach polnischem Muster erst noch zustande bringen.

Doch: Angesichts der historischen Vereinbarung zwischen der Partei und einer Opposition, die die friedliche evolutionäre Überwindung des bestehenden Systems